

"Wir sind Menschen, keine Akten!" Erneut scharfe Kritik an der Erfurter Ausländerbehörde

Bereits in den vergangenen Jahren war die Erfurter Ausländerbehörde im Fokus öffentlicher Kritik. Zu lange Wartezeiten, kaum freien Termine, Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung sind unter anderem Probleme, die Migrant*innen und geflüchtete Menschen durch die Erfurter Ausländerbehörde erfahren. In Zeiten der Corona-Pandemie haben sich diese Zustände noch verschärft. Nun haben sich Betroffene und Unterstützer:innen in einer Initiative zusammengetan und fordern in einem offenen Brief: Schluss mit der ungerechten Praxis der Ausländerbehörde! Um diese Forderung an die Verantwortungsträger:innen und die Erfurter Bürger:innen zu richten, wird es in den nächsten Wochen Veranstaltungen geben.

Etwa 21.000 Menschen in Erfurt sind abhängig von der Arbeit und den Entscheidungen der Erfurter Ausländerbehörde - das sind Migrant:innen, Geflüchtete, Austauschstudierende oder emigrierte Fachkräfte in Erfurt. Die Ausländerbehörde bestimmt, ob sie arbeiten dürfen, ob und wann ihnen Dokumente ausgestellt werden und darüber, wo sie sich überhaupt aufhalten dürfen - und ist auch für Abschiebungen von Menschen zuständig. Die von der Erfurter Ausländerbehörde ausgestellten Dokumente werden von anderen Behörden und Ämtern, insbesondere der Polizei, aber auch von Vermieter:innen und Arbeitgeber:innen, nicht anerkannt. Das bedeutet für die Betroffenen existenzielle Probleme: keine Wohnung, keine Arbeit, gegebenenfalls sogar festgenommen werden von der Polizei. Viele fühlen sich ignoriert und haben Angst vor der Willkür der Ausländerbehörde, die weitreichende Folgen auf ihr Leben hat. Hinzu kommt das Gefühl, in der Gesellschaft nicht akzeptiert zu sein.

Bei den ersten offenen Treffen der Initiative unter dem Motto "Let's Act About Ausländerbehörde!" ("Lasst uns etwas wegen der Ausländerbehörde unternehmen!"), wurde schnell klar, dass sehr viele Menschen seit Jahren zahlreiche schlechte Erfahrungen mit der Behörde machen mussten. "Das ist extrem frustrierend. Menschen leben in ständiger Unsicherheit, sie wissen nicht, was mit ihnen passieren wird und trauen sich nicht, sich frei und kritisch gegen diese Ungerechtigkeit zu äußern - aus Angst vor willkürlichen Konsequenzen. Die Probleme bestehen seit Jahren - es kann nicht sein, dass nach wie vor Verantwortung von sich weggeschoben wird, Personalengpässe oder Raummangel als Ausreden benutzt werden und deshalb Menschen zum Beispiel jahrelang keine Aufenthaltstitel bekommen oder Familiennachzug nicht umgesetzt wird. Das ist stiller Rassismus. Dagegen müssen wir uns zusammenschließen und klarmachen, dass wir Menschen sind und keine Akten.", betont eine Engagierte und selbst von der Ausländerbehörde Betroffene.

Durch zivilgesellschaftlichen Druck hat die Stadt Erfurt inzwischen auf die mangelhafte Raumsituation und die damit einhergehende personelle Unterbesetzung der Ausländerbehörde reagiert und ihr zum Sommer 2023 eine größere Räumlichkeit zugeteilt. Nicht geklärt ist bisher, ob und wie diese für eine Verbesserung der Situation von Betroffenen genutzt werden wird.

Hier hakt die Initiative ein und fordert in einem offenen Brief von den Verantwortlichen von Stadt und Land, darunter Andreas Bausewein (Oberbürgermeister der Stadt Erfurt) die Umsetzung von vier umgehenden Maßnahmen:

1. "Die sofortige Ausschreibung der unbesetzten Stellen!" Bei der Ausschreibung und Besetzung der Stellen soll auf eine Sensibilität für die Lebensrealität und Alltag von Migrant:innen geachtet werden und Menschen mit Migrationsgeschichte sollen explizit angesprochen und eingestellt werden.
2. "Die sofortige Umgestaltung der Website der Ausländerbehörde Erfurt!" Die Übersetzung der Website, inklusive aller ihrer Funktionen in die erforderlichen Sprachen, sowie in leichte Sprache, sowie eine barrierefreie, einfache und übersichtliche Anwendung.
3. "Die sofortige Verankerung einer sich in der Ausländerbehörde befindlichen, mit externem Personal besetzten Beschwerdestelle für diskriminierendes und sonstiges Fehlverhalten des Personals im Haushalt!"
4. "Die umgehende Bereitstellung aller Antragsformulare und Informationsblätter in den erforderlichen Sprachen!"

Um die Perspektiven und Forderungen von betroffenen Menschen auf die Straße zu tragen, ruft die Initiative für **Dienstag, den 27. September 2022 um 16 Uhr** zu einem **Demonstrationszug von der Ausländerbehörde (Bürgermeister-Wagner-Straße 1) zum Rathaus am Fischmarkt** auf. Der offene Brief soll den Erfurter Stadträt:innen übergeben werden. Am Tag darauf wird der Stadtrat ab 17 Uhr in der Thüringenhalle tagen. Die Initiative wird auch hier ab 16 Uhr Präsenz zeigen, um den Stadtrat dazu aufzufordern, sich mit dem offenen Brief und den Forderungen in ihrer Sitzung auseinanderzusetzen. Pressevertreter:innen sind herzlich zu den Veranstaltungen eingeladen.

Der vollständige offene Brief und Informationen zu den anstehenden Veranstaltungen findet sich mehrsprachig auf menschenkeineakten.blackblogs.org

Pressekontakt

Die Initiative steht Ihnen gerne für Rückfragen und Interviews zur Verfügung.

Mail: act-about-abehoerde@riseup.net